



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2008

Dossier Regeneration der Universität: (4) Liberaler Kraftakt.

Moos, Carlo

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-167991>

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-5505>

Journal Article

Published Version

Originally published at:

Moos, Carlo (2008). Dossier Regeneration der Universität: (4) Liberaler Kraftakt. Schweizer Monatshefte, 88(2-3):24-26.

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-167991>

Dem Fortschrittsglauben der liberalen Kräfte in den 1830er Jahren war nichts heilig – alles schien möglich. Aus diesem Geiste wurde 1833 die Universität Zürich geboren. Die Siege und Niederlagen in den Anfängen der Universität setzen sich bis in die Gegenwart fort.

(4) Liberaler Kraftakt

Carlo Moos

Die Universität Zürich wurde am 29. April 1833 eröffnet. Sie entstand als liberaler Kraftakt, im Zuge eines umfassenden Erneuerungsprogramms der Regenerationsbewegung, als deren Krönung sie in der Optik ihrer wichtigsten Promotoren – des Erziehungsrats Johann Caspar von Orelli, des Obergerichtspräsidenten Friedrich Ludwig Keller und des Bürgermeisters Conrad Melchior Hirzel – gedacht war. Es waren die Jahre, in denen ein Umbau des gesamten Unterrichts- und Bildungswesens vorangebracht wurde, ein Umbau, der zu einer neuen Volksschule, zur Gründung der Kantonsschule sowie des Lehrerseminars Küsnacht und eben zum Entstehen der Universität führte. Als sichtbarer Ausdruck des im Gefolge der Pariser Julirevolution von 1830 allgemein in Gang gebrachten Neuanfangs wurde auch die Stadtbefestigung niedergerissen, wobei eine erste Phase grosser städtebaulicher Veränderungen durch Repräsentationsbauten, wie die (inzwischen «alte») Kantonsschule, das Kantonsspital oder das Pfrundhaus an der Leonhardstrasse, einsetzte – dies alles im Zeichen eines ausgeprägt liberalen Fortschrittsoptimismus, dem nichts heilig war und alles möglich schien.

Freilich wurde, was sich in der Folge rasch zeigen sollte, die Rechnung irgendwie ohne den Wirt gemacht, indem das «Volk» nicht wirklich mitspielte, dessen Erziehung im liberalen Sinne noch lange nicht so weit gediehen war, dass es sich als Träger und nicht als Opfer einer «von oben» durchgedrückten Modernisierung gesehen hätte. So blieben Reaktionen insbesondere der

ländlichen Bevölkerung, auf deren Alltagsprobleme ohnehin kaum Rücksicht genommen wurde, aber auch der konservativen Teile der städtischen Einwohnerschaft, nicht aus. Sie steigerten sich über verschiedene Etappen empor, bis es am 6. September 1839 mit dem «Züriputsch» zur Entladung kam (und der deutschen Sprache das neue Wort «Putsch» zur Verfügung gestellt wurde). Anlässlich dieses Ereignisses blieben nicht nur über ein Dutzend Tote auf dem Münsterhof liegen, sondern es fand vor allem ein einschneidender, wenngleich vorübergehender Machtwechsel statt. Das liberale Regime wurde durch die konservative Herrschaft der «Septemberr Männer» abgelöst, deren massgebender Kopf der Rechtsprofessor Johann Caspar Bluntschli war, nachdem schon der Anführer des Sturms auf die Stadt, Pfarrer Bernhard Hirzel, als Privatdozent für Orientalistik der Universität angehörte.

Gerade letzterer Umstand verweist darauf, dass die neue Universität in die Putschgeschichte in einer Weise verwickelt war, die ihr nicht sehr lieb sein konnte und die ihre Existenz vorübergehend an den Rand einer ernsthaften Gefährdung brachte. Nicht nur wurde selbst von radikaler Seite ihre Aufhebung verlangt, sondern es brach zudem die Zahl ihrer (noch ausschliesslich männlichen) Studenten massiv ein. Während sie in den ersten sechs Jahren ihres Daseins jeweils gegen 200 und mehr Immatrikulierte zählte, waren es im Wintersemester 1841/42, dem absoluten Tiefpunkt, weniger als 100.

Was war geschehen, dass es ausgerechnet die Universität besonders hart traf? Ohne es zu wollen, war sie zur Auslöserin des politischen Sturms geworden, der das liberale System wegfegte, dem sie ihre Gründung verdankte. Dies hing in einer Zeit noch weitverbreiteter pietistisch geprägter Volksfrömmigkeit nicht zufällig mit der Theologie zusammen, da bei der Neubesetzung der 1838 freigewordenen Professur für Dogmatik und Kirchengeschichte ein intellektueller Störenfried ersten Ranges berufen werden sollte, der ehemalige Tübinger Privatgelehrte David Friedrich Strauss, der einige Jahre zuvor (1835) mit seinem Werk «Das Leben Jesu, kritisch bearbeitet» an die Öffentlichkeit getreten und schlagartig berühmt geworden war. Freilich waren es weniger universitäre Gremien als die politischen Instanzen – der Erziehungsrat durch Stichentscheid seines Präsidenten, der Regierungsrat mit klarer Mehrheit –, die mit dieser Berufung eine zweite Reformation der mittlerweile etwas verknöcherten Landeskirche erzwingen wollten.

Die Theologische Fakultät scheint gespalten gewesen zu sein. Der Verfasser des ablehnenden Mehrheitsgutachtens, Prof. Alexander Schweizer, der als Vermittlungstheologe galt und gilt, machte immerhin den interessanten Vorschlag, den Hegel-Schüler Strauss nicht auf einen theologischen, sondern auf einen philosophischen Lehrstuhl zu berufen, was nicht nur ein eleganter Ausweg, sondern eine echte Bereicherung für die Zürcher Universität gewesen wäre. Aber da hatte sich die Affäre unter dem Motto «Strauss oder Christus» bereits verselbständigt, war zum Sturmlauf gegen den «Vogel Strauss» geworden und der Kontrolle seitens der Universität, des Erziehungsrats und der Regierung vollständig entglitten. Strauss wurde schliesslich durch Beschluss des Grossen Rates (des Kantonsparlaments) pensioniert, bevor er seine Stelle in Zürich antreten konnte, was indessen das ins Rollen gekommene Verhängnis nicht mehr aufzuhalten vermochte. Vielmehr wurde neben der Regierung auch der Grosse Rat vom «Septembersturm» weggeputzt.

Wegen zahlreicher Fehler des 1839er Putschregimes, aber auch wegen der sich radikalierenden Entwicklungen auf der eidgenössischen Ebene kam es allerdings rasch dazu, dass die konservative Zwischenphase Zürichs schon 1842 infolge einer Pattsituation im Grossen Rat gleichsam provisorisch und dann 1844/45 definitiv vorbei war und der Kanton ab 1846 unter Jonas Furrer in ein jetzt vornehmlich gemässigt liberales Fahrwasser zurückfand und darin auch blieb. Das wirkte sich im Rahmen der Gesamteidgenossenschaft insofern segensreich aus, als die Umwandlung des Staatenbundes in den Bundesstaat nach dem 1847 errungenen Sieg über den Sonderbund in fast typisch zürcherischer Kompromissbereitschaft ablief. Für die junge Universität zeitigte dies die positive Folge, dass ihre Existenz und insbesondere ihre Lehrfreiheit nicht mehr radikal in Frage gestellt wurden, nachdem 1843 nicht einmal ihr zehnjähriges Bestehen hatte gefeiert werden können. Bluntschli, der 1844 das Rektorat übernommen hatte, schied im April 1845 aus der Zürcher Regierung aus und verliess 1847 auch die Universität, um seine Professorenkarriere in Deutschland fortzusetzen.

Allerdings geriet die Universität auch später, trotz des materiellen Aufstiegs von Stadt und Kanton Zürich in den Jahrzehnten nach 1848, immer wieder in Schwierigkeiten. Der Weg von der «grossen» Kleinheit ihrer Anfänge zur heutigen Massenuniversität war kein einfacher; vielmehr war er gepflastert mit wiederholten Kon-

flikten, beispielsweise über Ausländerfragen, die sich – angesichts der massiven Präsenz deutscher Ordinarien neben schlecht oder nicht bezahlten Schweizer Extraordinarien und Privatdozenten – von Anfang an eingestellt hatten und die sich schon 1835 in der Ermordung eines deutschen Medizinstudenten durch nicht weniger als 49 Dolchstiche ein erstes Mal entluden. Andere Probleme ergaben sich aus der Konkurrenz zum 1855 eröffneten Polytechnikum, der heutigen ETH, die über Jahre hinweg einen Rückgang der Einschreibungen an der Universität bewirkte, oder wegen der stets präsenten Raumfragen, die dank der Eröffnung des neugebauten Kollegiengebäudes mit seinem markanten Turm 1914 nur vorübergehend gelöst werden konnten.

Weiter wäre beispielsweise das heikle Thema der Geschlechterverhältnisse zu bedenken, das sich erstmals in bezug auf das Frauenstudium stellte, als seit den mittleren 1860er Jahren die inzwischen legendär gewordenen Russinnen in der bis anhin reinen Männeruniversität zum Medizinstudium drängten. Dieselbe Problematik

Der Weg von der «grossen» Kleinheit ihrer Anfänge zur heutigen Massenuniversität war kein einfacher; vielmehr war er gepflastert mit wiederholten Konflikten.

wiederholte sich, als es um die Zulassung promovierter Frauen in die Berufspraxis oder zur universitären Lehre ging, so bei der ersten Schweizer Ärztin, der Gynäkologin Marie Heim-Vögtlin, die 1874 ihre Praxis nur nach Schwierigkeiten eröffnen konnte, oder bei Emilie Kempin-Spyri, die 1886 als erste Schweizer Juristin promoviert worden war und erst im zweiten Anlauf 1891 «ausnahmsweise» die *Venia legendi* als Privatdozentin erhielt. Viele Jahrzehnte später drangen Frauen schliesslich zu den Lehrstühlen vor, so in den frühen 1960er Jahren die Experimentalphysikerin Verena Meyer, die von 1982 bis 1984 an der Uni Zürich als schweizweit erste und bisher einzige Rektorin amtierte, oder die 1976 berufene klinische Psychologin und spätere Prorektorin Inge Strauch. Wenn unter den Studenten und im Mittelbau die Geschlechterparität inzwischen erreicht ist, so gilt dies bei den Professorinnen noch lange nicht, obwohl sich in den letzten Jahren in dieser Hinsicht viel verändert hat. Im Historischen Seminar ist nach der Jahrtausendwende

binnen weniger Jahre immerhin ein Drittel der Professoren (5 von 15) weiblich.

Eine der ganz grossen und wohl emblematischen Schwierigkeiten war und bleibt, dass die Universität immer – nur nicht immer in der gleichen Intensität – in einem Spannungsfeld verschiedenster Interessen angesiedelt und entsprechend nicht zuletzt auch Pressionen seitens der «Politik» ausgesetzt ist. Selbst wenn es sich nicht mehr so krass zeigt wie im Kontext des «Straussenhandels», als die politischen Entscheide gänzlich andere waren als diejenigen der Universität gewesen wären, gilt dies trotz der seit rund einem Jahrzehnt bestehenden (Teil-) Autonomie der Universität in der Gegenwart weiter. Die «Bologna»-Reform, von der in den aktuellen Diskussionen wohl am meisten und am kontroversesten die Rede ist, war keine Wahl der europäischen und schon gar nicht der schweizerischen Universitäten, sondern eine 1999 in Bologna erfolgte Weichenstellung 29 europäischer Bildungs- und Unterrichtsminister, an der die Schweiz mit dem Staatssekretär für Bildung und Forschung,

Die Universitäten haben «Bologna» nicht gewollt; sie haben, als sie von der Politik dazu gezwungen wurden, das Bestmögliche aus der Neuerung zu machen versucht.

Charles Kleiber, beteiligt war. Man kann ohne zu übertreiben sagen, dass die Universitäten «Bologna» nicht gewollt haben; sie haben einfach, als sie von der Politik dazu gezwungen wurden, das Bestmögliche aus der Neuerung zu machen versucht, von der sich indessen noch lange nicht absehen lässt, wohin genau sie führen wird, weil die Umstellung etwa in Zürich erst vor kurzem in Gang gekommen ist. Das Historische Seminar ist, wie die ganze Philosophische Fakultät, vorerst in die Halbzeit der Einführung der Bachelor-Stufe gelangt. Wenn diese in weiteren drei Semestern vollständig aufgebaut sein wird, werden sich die vier Semester der Masterstudiengänge und zu guter Letzt noch das Doktoratsstudium anschliessen. Erst dann wird man feststellen können, ob sich die Übung wirklich gelohnt hat.

Wenn mit «Bologna» eine europäische Ebene angesprochen ist, von der Anpassungen erzwungen wurden und werden (dass die Bilateralität in dieser Beziehung schon längst verlassen worden ist, wenn sie je bestanden hat, könnte hier der EU-skeptischen Schweizerischen Volkspartei ins

Gedächtnis gerufen werden), so muss daran erinnert werden, dass es weiterhin auch hausgemachte zürcherische Konfliktpunkte in den Beziehungen zwischen Hochschule und Politik gibt. Ein solcher, der in den Fakultäten viel zu reden gab und noch geben wird, ist der vor einigen Jahren (2003) gefallene Entscheid des Kantonsrats, den Fakultäten das Recht zu entziehen, über Berufungslisten Beschlüsse zu fassen. Da hat die Politik massiv in ein Kerngeschäft der Fakultäten eingegriffen, mit letztlich unabsehbaren Folgen für die Zukunft, weil das Korrektiv, das die Fakultätsversammlungen bei Berufungsfragen dargestellt haben, zukünftig wegfällt und diese an den Fakultäten vorbei aus den Berufungskommissionen direkt zur Universitätsleitung und in den Universitätsrat gelangen.

Auf der gleichen Linie eher unseliger und potentiell gefährlicher Eingriffe politischer Instanzen in universitäre Geschäfte und Entscheidungsprozesse liegen Vorstösse, die sich im Kantonsrat abzeichnen und die darauf abzielen, dem Senat, also der versammelten Professorenschaft der Universität (immerhin gegen 500 Personen), das Vorschlagsrecht für die Wahlen der Prorektoren und des Rektors wegzunehmen. Wohin es führt, wenn ein solches nicht besteht, war kürzlich an der ETH zu beobachten. Ob es nach dem ETH-Debakel gelingt, das Verhängnis einer der Universität von aussen aufgezwungenen Führung abzuwenden? Der Blick zurück auf ihre Gründungszeit, von der in diesem Aufsatz ausgegangen wurde, stimmt jedenfalls skeptisch. Politisch relevant sind leider, und dies gilt besonders in Krisen- oder Umbruchzeiten, allzu oft Augenblicksentscheide, denen gegenüber der Sachverstand der Professorenschaft nicht gefragt ist, weil man ihr rasch und gern Betriebsblindheit, Eigennutz und Realitätsverlust unterstellt – als ob durch Volkswahl bestimmte Parteienvertreter per se gegen all diese Übel gefeit wären und einzig das höchste Wohl der Allgemeinheit im Auge hätten. Ein kurzer Streifzug durch die Geschichte der Universität und insbesondere durch ihre Anfänge könnte einen – wenn man nur wollte – eines Besseren belehren.

CARLO MOOS, geboren 1944, ist ordentlicher Professor für Neuere Allgemeine und Schweizer Geschichte an der Universität Zürich und Leiter des Historischen Seminars.